Im September 2008

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

Senioren–News

==========

☎ (0 5971) 7744

Alle News-Ausgaben sind nachzulesen unter: www.gdp-steinfurt.de/senioren

BDK behauptet Pannen bei der Ringfahndung

Die Beratungen des Innenausschusses des Düsseldorfer Landtags zu dem bereits ein Jahr zurückliegenden Mafia-Morden hatten eindeutig ergeben, dass es die vom BDK behaupteten Pannen bei der Ringfahndung, die unmittelbar nach den Duisburger Morden ausgelöst worden war, nicht gegeben hat. „Wer dennoch mit dem Hinweis auf angebliche Fahndungspannen die Aufstockung der Kriminalpolizei um 2000 Beamte fordert, schadet nicht nur der Arbeit der Polizei, sondern fällt vor allem den Polizeibeamten in den Rücken, die bei der in der Tatnacht frühmorgens um 2:33 Uhr ausgelösten Ringfahndung vor Ort im Einsatz waren und seinerzeit ihr Leben riskiert haben, um die Täter zu stellen“, kritisiert Uebler. „Das ist Klientelpolitik zulasten aller anderen Kolleginnen und Kollegen und hat mit verantwortungsvoller Gewerkschaftsarbeit nichts zu tun.“

Diskussionen zum Thema Pensionen

Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der Erwerbstätigen von z. Zt. 18 Millionen auf 16 Millionen sinken und gleichzeitig wir die Zahl der Versorgungsempfänger deutlich ansteigen.
2007 lag die Zahl der Pensionäre bei 152 000. Die Pensionskosten für die Beamten in NRW steigen aber schneller als erwartet. Im Jahre 2030 werden es rund 252 000 sein. Dann muss das Land die Riesensumme von 7,8 Milliarden EURO für die Pensionen aufbringen.

Die Höhe der Pensionen löst immer wieder hitzige Debatten über die ungleiche Altersversorgung von Beamten und Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft aus. Einige Politiker von CDU und SPD sprachen sich dafür aus, dass in Zukunft auch Beamte in die Rentenkassen einzahlen sollen. Andere wollen die Pensionen ganz abzuschaffen und sehen darin die beste Lösung, allerdings nur in Zusammenhang mit einer deutlichen Erhöhung der Beamtenbezüge, damit die Beamten überhaupt für ihre Altersversorgung aufkommen können.
Und dann kommen die Fragen zur Finanzierung der Krankenkasse und vieles mehr. Spätestens jetzt bemerken einige „Nachdenker“ erst wie teuer das alles dann letztendlich wird.
Darauf reagierte auch die GdP (K.Freiberg): „ Der Pensionär zahlt einen enorm höheren Beitrag zu seiner privaten Kranken- und Pflegeversicherung . Vergleicht man die verfügbaren Einkommen von Rentnern und Pensionären, dann schmelzen die Unterschiede auf ein Minimum zusammen“.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in Bezug auf die aktuellen Debatten in Presse und Politik zur Alterversorgung der Beamtinnen und Beamten vor kostspieligem Aktionismus gewarnt.
So sagte z.B. die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock zum Thema:
„Würden Beamte von heute auf morgen in das Rentensystem einbezogen, kämen auf die öffentlichen Haushalte zusätzliche Kosten von 13 Milliarden Euro pro Jahr zu“,

Zusätzlich zu den laufenden jährlichen Pensionsausgaben von zirka 35 Milliarden Euro müssten dann auch für ca. 1,8 Millionen aktive Beamtinnen und Beamte, Soldatinnen und Soldaten sowie Richterinnen und Richter Rentenversicherungsbeiträge eingezahlt werden.

Von Neid geprägt, mit wenig oder keinem Sachverstand und äußerst destruktiv, sind die jährlich immer wieder geäußerten Forderungen nach Kürzung oder Abschaffung der Beamtenpensionen.
Längst haben Bund und Länder für zukünftige Versorgungsausgaben *Versorgungsrücklagen und -fonds* eingerichtet.
Der Stand der Versorgungsrücklagen kann in unserer *August-Senioren-News-Ausgabe* nachgelesen werden.
Beamtinnen und Beamten, sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern wurden die gleichen Sparmaßnahmen wie Rentnerinnen und Rentnern zugemutet. Der Staatshaushalt wurde entlastet und auch die Kosten der Beamtenversorgung sind geringer als vorhergesagt gestiegen.

Im Sommerloch machen es sich einige Politiker immer wieder zu leicht und rufen nach Änderungen, treffen aber allzu häufig die falschen Entscheidungen, wenn es drauf an kommt. Beispielsweise müsste die von so vielen hoch gelobte Föderalismusreform I revidiert werden, damit die Forderung nach Überführung der Beamtinnen und Beamten in die Rente vollzogen werden könnten.

Besser wäre es natürlich , für neue Beamtinnen und Beamte einen Systemwechsel vorzunehmen, wie es von den Gewerkschaften schon seit Jahren fordert wird.

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Besoldung und Versorgung

Das größte Lohnbüro NRW`s ist ein moderner Dienstleister. Innerhalb des Großunternehmens „NRW-Finanzverwaltung" fällt das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) durch seine Größe, aber auch wegen seiner Aufgabenstellung aus dem Rahmen. Es untersteht der Aufsicht des Finanzministers.

Diese Landesoberbehörde ist es dafür verantwortlich, dass Monat für Monat rund 606.000 Gehälter und Pensionen gezahlt werden. Damit gehört es bundesweit zu den größten Lohnbüros. Rund 950 Beschäftigte bewirtschaften mit moderner Informationstechnik rund 19,5 Milliarden Euro - das sind rund 39,5 Prozent des Landeshaushaltes. Im einzelnen erhalten z.B. im Dezember 2005 rund 275.000 Beamte, 176.000 Angestellte und Arbeiter, rd. 152.000 Pensionäre sowie 3000 weitere Berechtigte ihre Bezüge. Darüber hinaus zahlt das LBV Kindergeld für über 260.000 Kinder und bearbeitet die Beihilfeanträge der Beamtinnen und Beamten im Ruhestand - im Jahre 2005 rund 655.000. Es unterstützt mit einer Geschäftsstelle die Landesbehörden bei der Personalausgabenbudgetierung und ist Modellbehörde für den Produkthaushalt.

Die Kommunikation mit dem LBV ist vielfältig: Banken, Versicherungen, Krankenkassen und eine Vielzahl staatlicher Stellen tauschen Daten aus.

Auch für GdP-Pensionäre heißt es bei jeder Neuregierung Nachteile zu verhindern.
Daher müssen auch gerade Pensionäre aktiv sein.

Euer
Ansprechpartner für Senioren
-GdP-Kreisgruppe Steinfurt-
- Jo. Paschke –

Hinweis in eigener Sache:
Für einige von Euch werde ich werde ich der Bitte nachkommen und erstmalig diese Ausgabe auch im PdF-Format als Anhang befügen.